

MEMORANDUM 2020

Gegen Markt- und Politikversagen – aktiv in eine soziale und ökologische Zukunft

– Kapitelzusammenfassungen –

1. Nachhaltige Mobilität: Verkehrswende aktiv gestalten

Eine Verkehrswende in Richtung nachhaltiger Mobilität stellt eine komplexe und längerfristige Systemtransformation dar. Sie geht deutlich über eine treibstoffbezogene Energiewende hinaus und nimmt die enormen Gewinne an Lebens- und Stadtqualität in den Blick, die sich aus zurückzuerobernden Räumen und reduzierten Gesundheits- und Umweltschäden ergeben. Dem Narrativ einer anbieterorientierten und autozentrierten Technikversion im „Autoland Deutschland“ stellt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* das Leitbild einer bedürfnisorientierten und autobegrenzenden Nachhaltigkeitsvision gegenüber. Dabei werden nicht Wege oder Mobilitätszugänge beschränkt, sondern eine verkehrsvermeidende Stadt- und Regionalplanung, der Aufbau nachhaltiger Mobilitätsalternativen und auch die Verteilungswirkungen in den Mittelpunkt gestellt.

Nur wenn die privilegierenden Rahmenbedingungen fürs Autofahren geändert werden, wird eine Entwicklung zu kleineren und leichteren Fahrzeugen und generell weniger Fahrzeugen stattfinden. Dazu gehört gleichzeitig ein wirksamer Regulierungsrahmen für den Kauf und das Halten von Fahrzeugen. Die von der Autoindustrie propagierte Elektromobilität kann nur eine Teillösung sein und setzt zwingend einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien voraus. Sie muss ergänzt werden durch Strategien der Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie der Entschleunigung. Unabdingbare Kernmaßnahmen dafür sind eine radikal reformierte EU-Flottenverbrauchsregelung und ein nationaler Instrumentenmix, der preisliche Maßnahmen und Tempolimits einschließt, umweltschädliche Subventionen abschafft und den Umweltverbund fördert. Dies muss komplementiert werden durch Strategien der kommunalen Verkehrswende.

2. CO₂-Bepreisung: sozialverträglich gestalten

Die im MEMORANDUM 2019 erhobene Forderung nach einer allgemeinen CO₂-Bepreisung fand im Lauf des vergangenen Jahres tatsächlich Eingang in den Klimaschutzplan der Bundesregierung. Der vom Klimakabinett vorgeschlagene CO₂-Preis war jedoch so wirkungslos gering, dass er im Rahmen der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss angehoben werden musste. Ungewissheit über den weiteren Preisfad nach dem Jahr 2025 schwächt aber nach wie vor die Lenkungswirkung des Instruments.

Eine CO₂-Bepreisung wirkt grundsätzlich regressiv. Durch begleitende Maßnahmen wie eine Pro-Kopf-Rückerstattung, ein einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld, aus dem Aufkommen finanzierte Fördermaßnahmen sowie einen Härtefallfonds kann sie jedoch so ausgestaltet werden, dass sie eine progressive Verteilungswirkung bekommt. Auch wenn dazu vielfältige Konzepte vorliegen, hat sich die Große Koalition für ein Modell entschieden, das mit einer regressiven Wirkung bei hohen Einkommen einhergeht. Dies droht die gesellschaftliche Spaltung weiter zu vertiefen.

3. Schuldenbremse: Investitionsbedarfe erfordern Alternative

Die Schuldenbremse dominiert aktuell in Deutschland das regierungsoffizielle Handeln. Allerdings ist die Senkung der staatlichen Schuldenquote von 82 auf etwa 60 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts kaum auf die seit dem Jahr 2011 für den Bund geltende Schuldenbremse zurückzuführen. Vielmehr zeigt die Analyse, dass die staatlichen Ausgaben – insbesondere durch die politisch gewollte Verschärfung in Form der sogenannten schwarzen Null – deutlich hinter den unter der Schuldenbremse möglichen Ausgaben zurückbleiben. Dies geht auch auf erhebliche Probleme bei der Umsetzung von Ausgabenprogrammen und öffentlichen Investitionen zurück.

Nach dem Ende ihrer Anpassungsphase sind auch die Bundesländer seit diesem Jahr der Schuldenbremse mit einem kompletten Verbot der Nettokreditaufnahme unterworfen. Nun wird sich immer deutlicher zeigen, dass die Schuldenbremse eine Investitionsbremse ist. Neue Spielräume im Rahmen der bestehenden Schuldenbremse könnten einerseits durch neue Regelungen zur konjunkturellen Steuerung im Ausführungsgesetz geschaffen werden, andererseits auch durch Extrahaushalte und einen neu zu schaffenden Investitionsfonds. Diese Vorschläge sind allerdings mit höheren Zinsen und weniger parlamentarischer Kontrolle verbunden; sie sind deshalb nur die zweitbeste Lösung. Besser wäre eine Neuregelung im Grundgesetz, für die auch ein konkreter Vorschlag entwickelt wird.

4. Leistungsfähiges Gemeinwesen: Beschäftigungslücken schließen

Nach Jahren des Personalabbaus und entstaatlichender Politik werden in wichtigen öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungsfeldern die gewandelten Anforderungen nur mangelhaft erfüllt. Ausgehend von Bedarfsanalysen und internationalen Beschäftigungsvergleichen kann in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung sowie der Kranken- und Altenpflege ein ungedeckter Beschäftigungsbedarf von jeweils mehreren hunderttausend Vollzeitstellen begründet werden. Auch bei kulturellen Dienstleistungen bestehen ungedeckte Bedarfe von 100.000 Beschäftigten aufwärts. Wie es anders geht, haben die skandinavischen Staaten unter Beweis gestellt. Für die kommenden zehn Jahre fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* einen Beschäftigungsaufbau von einer bis zwei Millionen öffentlich Beschäftigten in den genannten Bereichen.

5. Gesundheitsversorgung: Fehlentwicklungen stoppen

Das Gesundheitssystem ist der größte Wirtschaftszweig in Deutschland. Es sorgt für erhebliche, zukünftig weiter wachsende Beschäftigung, leistet aber deutlich weniger für die Versorgung der Bevölkerung, als es den Systemen etlicher anderer Länder gelingt, zum Teil mit geringeren Ausgaben. Die Behauptung, Deutschland habe das „weltbeste Gesundheitssystem“, gehört daher in den Bereich der Mythen. Die Grundprobleme des deutschen Gesundheitssystems liegen in den fragmentierten, unterschiedlichen Prinzipien folgenden Strukturen, deren Steuerung seit dem im Jahr 1993 vollzogenen Paradigmenwechsel gleichermaßen einer Markt- und Wettbewerbslogik wie einer Logik der korporatistischen Selbstverwaltung folgt. Mit dieser Mixtur wurden bestehende Probleme potenziert statt abgebaut, was sich in der Zunahme von Fehlversorgungen, im Pflegenotstand und in diversen anderen Missständen zeigt. Die Politik reagiert im Dauerreparaturmodus mit unsystematischen Teileingriffen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* tritt demgegenüber dafür ein, das Gesundheitssystem als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in Richtung integrierter Strukturen zu transformieren und die Kommerzialisierung zurückzudrehen. Angelpunkt einer solchen Transformation könnte die auf öffentlicher Planung basierende Neugestaltung der Krankenhauslandschaft sein. Der außergewöhnlich hohe Grad an korporatistischer Steuerung sollte zugunsten einer gestärkten öffentlichen Verantwortung abgebaut werden.